

**Hamburger Studien
zum Europäischen und Internationalen Recht**

Band 40

Die Europäische Union und Südafrika

**Bilaterale Handelsbeziehungen im Lichte
des GATT und der WTO**

Von

Johann Weusmann



Duncker & Humblot · Berlin

JOHANN WEUSMANN

Die Europäische Union und Südafrika

Hamburger Studien
zum Europäischen und Internationalen Recht

Herausgegeben von

Thomas Bruha, Meinhard Hilf, Hans Peter Ipsen ,
Rainer Lagoni, Gert Nicolaysen, Stefan Oeter

Band 40

Die Europäische Union und Südafrika

Bilaterale Handelsbeziehungen im Lichte
des GATT und der WTO

Von

Johann Weusmann



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
hat diese Arbeit im Jahre 2004 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0945-2435
ISBN 3-428-11644-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde in leicht veränderter Fassung im Sommersemester 2004 vom Fachbereich Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Schrifttum und Praxis der Streitschlichtungsorgane der Welthandelsorganisation konnten bis zum April 2004 berücksichtigt werden.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Meinhard Hilf, danke ich, dass er mein Interesse für das Europa- und Völkerrecht weckte, mir den Weg zu einem Studium an der Universität Genf ebnete und die Erstellung dieser Arbeit in Südafrika von Hamburg aus betreute. Herrn Professor Dr. Stefan Oeter danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Verlag und Herausgebern sei für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe gedankt.

Herr Professor Gerhard Erasmus weckte mein Interesse am Recht der Welthandelsorganisation. Ich danke ihm für zahlreiche Diskussionen, die wir während meines Masterstudiums im Jahr 1999 an der Universität Stellenbosch in Südafrika führen konnten und die schließlich auch den Anstoß für diese Arbeit gaben.

Den Direktoren des Max Planck Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, Herrn Professor Dr. Armin von Bogdandy und Herrn Professor Dr. Rüdiger Wolfrum, danke ich, dass sie mir zum Jahreswechsel 2003/04 den uneingeschränkten Zugang zu dieser großartigen Forschungseinrichtung gewährten. Die ausgezeichnete Infrastruktur hatte wesentlichen Anteil am Gelingen dieser Arbeit. Dies gilt in besonderer Weise auch für die fürsorgliche und freundliche Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek.

Mein ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner lieben Frau, Claudia Lange, deren Einsatz die Entwicklung dieser Arbeit auf allen Stufen begleitet hat. Sie hat mir mit ihrer Fachkenntnis nicht nur wertvolle Anregungen gegeben, sondern mich mit ihrer unerschütterlichen Zuversicht auch immer wieder aufgemuntert. Ihr widme ich diese Arbeit.

Pretoria, im Januar 2005

Johann Weusmann

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
A. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und Südafrika und deren Rechtsgrundlagen	25
I. Von den Anfängen des Handels bis zur wirtschaftlichen Isolation aufgrund der Apartheid	25
1. Der Handel mit der Siedlerkolonie	25
2. Südafrikas Beitritt zum GATT 1947	27
3. Südafrikas politische und wirtschaftliche Isolation durch Apartheid ..	27
II. Bewertung der EG-Sanktionen im Lichte des GATT 1947.....	31
1. Art. XXI lit. c GATT 1947.....	33
a) Sanktionsbeschlüsse der VN-Organe als Verpflichtungen gemäß Art. XXI lit. c GATT 1947.....	33
aa) Der VN-Sicherheitsrat	34
(1) Sicherheitsratsresolutionen gegen den Apartheidstaat	34
(2) Bewertung der Entschliefungen im Lichte des Art. XXI lit. c GATT 1947	36
bb) Die VN-Generalversammlung	38
(1) Resolutionen der Generalversammlung gegen den Apartheidstaat	38
(2) Bewertung der Entschliefungen im Lichte des Art. XXI lit. c GATT 1947	39
2. Art. XXI lit. b GATT 1947	40
a) Maßnahmen zum Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	41
aa) Der Schutz eigener Sicherheitsinteressen	41
bb) Kollektive Selbstverteidigung	41
cc) Drittrepresalien gegen den Apartheidstaat.....	44
(1) Herleitung der Zulässigkeit der Drittrepresalie	44
(2) Apartheid als Völkerrechtsverbrechen.....	47
(a) Das völkerrechtliche Verbot der Apartheid.....	47
(b) Apartheid als völkerrechtliches Verbrechen	51
(c) Staatenpraxis.....	52
b) Weitere Voraussetzungen nach Art. XXI lit. b (i), (ii) und (iii) GATT 1947	54
aa) Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial sowie weiteren der Versorgung der Streitkräfte dienenden Waren ...	54
bb) Kriegszeit oder sonstige ernste Krise in den internationalen Beziehungen.....	55

3. Auswahl der Sanktionsmaßnahmen	57
4. Südafrikas Einrede der inneren Zuständigkeit gegen Sanktions- beschlüsse.....	59
5. Wirkung der Sanktionsmaßnahmen	61
III. Die Neuordnung der Handelsbeziehungen nach dem Ende der Apartheid	62
1. Südafrikas Aufnahme ins Allgemeine Präferenzsystem der EG.....	64
a) Die Rechtsgrundlagen des APS im GATT.....	65
aa) Südafrika – ein „Entwicklungsland“?.....	68
bb) Die Anwendung des APS der EG auf Südafrika	73
(1) Der Warenempfindlichkeitskatalog	75
(2) Der Graduierungsgrundsatz	76
(3) Konsequenzen des APS für den europäisch-süd- afrikanischen Handel.....	77
(4) Rechtfertigung der Einstufung Südafrikas nach GATT/ WTO-Recht	78
(5) Sonderpräferenzen	81
b) Fazit.....	84
2. Südafrikas angestrebte Mitgliedschaft im Lomé-Abkommen	85
a) Legitimation des Lomé-Abkommens im GATT/WTO-Recht.....	87
b) Perspektiven für die Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und den AKP-Staaten	89
c) Fazit.....	92
B. Das TDCA als Regionalausnahme zur multilateralen Handelsordnung ..	94
I. Zur wirtschafts- und rechtspolitischen Kritik am Regionalismus	95
II. Die materiellrechtlichen Anforderungen des Art. XXIV GATT 1994 an das TDCA.....	100
1. Der Umfang der vereinbarten Handelsliberalisierung (Art. XXIV:8 lit. b GATT 1994)	100
a) Der quantitative Ansatz	102
aa) Zulässigkeit partieller Handelsliberalisierung	103
bb) Zulässigkeit entwicklungsbezogener Asymmetrien	104
b) Der qualitative Ansatz.....	106
aa) Überblick über Bereiche der Handelsliberalisierung	107
(1) Liberalisierungsverpflichtungen auf Seiten der EG.....	107
(2) Liberalisierungsverpflichtungen auf Seiten Südafrikas...	112
bb) Spezielle Handelssektoren	112
(1) Die Wein- und Spirituosenabkommen.....	114
(2) Das Fischerei-Abkommen	115
c) Präferenzielle Ursprungsregeln	118
d) Gestattete Ausnahmen.....	123
aa) Redaktionelle Unterschiede zwischen Art. 27 TDCA und Art. XX GATT 1994.....	124

(1) Tatbestandsaufbau	124
(2) Die Einbeziehung des Gebrauchtwarenhandels	125
bb) Die Ausnahmetatbestände im Einzelnen	128
(1) Schutz der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung oder Sicherheit	128
(2) Schutz der Gesundheit und des Lebens	131
(3) Schutz des nationalen Kulturguts	133
(4) Schutz des gewerblichen oder geistigen Eigentums	133
(5) Regelungen betreffend Gold und Silber	134
cc) Ausnahmeschranken	134
2. Der Schutz der Drittstaaten	136
a) Die Anforderungen von Art. XXIV:4 GATT 1994 an das TDCA	136
aa) Das Verhältnis von Art. XXIV:4 zu Art. XXIV:5	136
bb) Art. XXIV:4 als Rechtsgrundlage für eine handels- ökonomische Prognosebeurteilung	138
b) Die Anforderungen des Art. XXIV:5 lit. b GATT 1994 an das TDCA	142
aa) Anpassung von Zöllen und Handelsvorschriften, Art. XXIV:5 lit. b	142
bb) Präferenzielle Ursprungsregeln	143
3. Die Umsetzung des Abkommens in angemessener Zeit nach Art. XXIV:5 lit. c GATT 1994	148
a) Bestimmung der angemessenen Zeitspanne	151
b) Die Überschreitung der Regelfrist	152
c) Kompatibilität der Interimsvereinbarung mit Art. XXIV:5 lit. b und 8 lit. b GATT 1994	154
III. Die verfahrensrechtlichen Anforderungen des Art. XXIV GATT 1994 an das TDCA	156
1. Die Notifikationspflicht nach Art. XXIV:7 lit. a GATT 1994	156
2. Der Zeitpunkt der Notifikation	158
3. Der Inhalt der Notifikation	160
4. Die Entscheidung über die Konformität	162
C. Die europäisch-südafrikanische Handelsordnung	164
I. Völkerrechtliche Rechtfertigung der bilateralen Handelsordnung	164
1. Reichweite der Regelungsbefugnis nach Art. XXIV GATT 1994	166
2. Reichweite der Regelungsbefugnis nach allgemeinem Völkerrecht	170
a) Vertragsänderungsvorschriften im GATT-Vertrag und den WTO-Übereinkommen nach Art. 41 Abs. 1 lit. a WVK	171
b) Vertragsänderung nach Art. 41 Abs. 1 lit. b WVK	172
II. Die Handelsvorschriften des TDCA im Einzelnen	174
1. Schutzmaßnahmen	175
a) Tatbestand	176
aa) Steigerung der Einfuhren	176

bb) Kausale Schädigung eines Wirtschaftszweigs	177
b) Anwendung von Schutzmaßnahmen	178
c) Eilmaßnahmen	179
d) Vorläufige Schutzmaßnahmen	180
e) Die Gleichbehandlungspflicht	182
aa) Diskriminierungsverbot	182
bb) Regionalausnahmen	185
f) Institutionelle Regelungen	186
g) Fazit	187
2. Die Wettbewerbssicherung	187
a) Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen	187
aa) Tatbestand	188
bb) Abgrenzung zu den Schutzmaßnahmen	188
cc) Das Verfahren	190
dd) Fazit	191
b) Die Wettbewerbspolitik	192
aa) Die Tatbestände der europäisch-südafrikanischen Wett- bewerbsordnung	192
bb) Das Verfahren	195
cc) Verhältnis von Wettbewerbsrecht und Antidumping	197
dd) Fazit	201
c) Staatliche Beihilfen	202
aa) Das Verbot staatlicher Beihilfen im EG-Recht und das Subventionsverbot im WTO-Recht	202
bb) Unterschiedliche Rechtsfolgen bei verbotenen staatlichen Beihilfen bzw. Subventionen im EG- bzw. WTO-Recht	205
cc) Das Verbot staatlicher Beihilfen im TDCA	206
d) Das öffentliche Beschaffungswesen	208
aa) Tatbestand	209
bb) Die Berücksichtigung von Sekundärzwecken im Vergabe- verfahren	210
cc) Der Grundsatz der Transparenz	212
e) Fazit	213
3. Technische Handelshemmnisse	214
a) Die einzelnen Kooperationsfelder	215
aa) Normung	215
bb) Metrologie	217
cc) Zertifizierung	218
dd) Qualitätssicherung	220
b) Modalitäten der Zusammenarbeit	221
aa) Maßnahmen nach dem WTO-Übereinkommen über Technische Handelshemmnisse	221

bb)	Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung der Konformitätsprüfung	223
cc)	Zusammenarbeit im Bereich von Qualitätsmanagement und -sicherung	225
dd)	Technische Hilfe für Qualifizierungsinitiativen Südafrikas ..	226
ee)	Aufbau von europäisch-südafrikanischen Arbeitsbeziehungen	226
e)	Fazit	227
4.	Der Schutz des geistigen Eigentums	228
a)	Die Einbeziehung des TRIPs	228
b)	Tatbestandsdefinition	230
aa)	Gebrauchsmuster	232
bb)	Datenbanken	234
cc)	Biotechnische Erfindungen	236
c)	Die Einbeziehung anderer Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums	238
aa)	Abkommen von besonderer Bedeutung für beide Vertragspartner	238
(1)	Berner Übereinkunft	238
(2)	WIPO-Urheberrechtsvertrag	240
(3)	Pariser Verbandsübereinkunft	241
(4)	Internationales Übereinkommen über den Schutz von Pflanzenzüchtungen	243
(5)	Budapester Vertrag	247
(6)	Abkommen von Nizza	248
bb)	Abkommen von besonderer Bedeutung für die Gemeinschaft	249
(1)	Protokoll zum Madrider Markenabkommen	249
(2)	Rom-Abkommen	250
(3)	PCT-Vertrag	253
d)	Grenzen für den Schutz von geistigem Eigentum am Beispiel des südafrikanischen Arzneimittelrechts	255
aa)	Tatbestand des Patentschutzes	256
bb)	Parallelimporte	258
cc)	Zwangslizensierung	261
dd)	Konsequenzen für die Vertragsbeziehungen im TDCA	264
e)	Fazit	265
5.	Der Dienstleistungshandel	266
a)	Tatbestand	268
b)	Allgemeine Rechte und Pflichten	269
aa)	Meistbegünstigung	269
bb)	Transparenz und Rechtsstaatlichkeit	272
cc)	Sicherung des Wettbewerbs	273
c)	Ausnahmen	274

d)	Die spezifischen Zugeständnisse der Gemeinschaft und Südafrikas	275
aa)	Zugeständnisse im Rahmen der Uruguay-Runde	275
(1)	Horizontale Liberalisierungsverpflichtungen	276
(2)	Vertikale Liberalisierungsverpflichtungen	277
bb)	Ergänzende Zugeständnisse im TDCA und in den GATS-Folgeverhandlungen	279
(1)	Seeverkehrsdienstleistungen	280
(2)	Telekommunikation	280
(3)	Finanzdienstleistungen	282
(4)	Der grenzüberschreitende Personenverkehr	283
(5)	Lufttransport	284
e)	Weitere Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs	284
f)	Fazit	285
6.	Laufende Zahlungen und Kapitalverkehr	285
a)	Kapitalverkehr	286
b)	Zahlungsverkehr	288
aa)	Grundsatz	288
bb)	Ausnahme (Zahlungsbilanzschwierigkeiten)	290
D.	Der Agrarhandel	292
I.	Agrarpolitische Ausgangssituation	293
1.	Die Gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft	293
2.	Die Agrarpolitik Südafrikas	295
3.	Definition des europäisch-südafrikanischen Agrarhandels	296
II.	Gestaltung des bilateralen Agrarhandels durch Übernahme der WTO-Ordnung	297
1.	Marktzugang	297
a)	Zölle	297
b)	Tarifierung	298
c)	Zollkontingente	301
d)	Ausnahmen zu den Zollzugeständnissen	306
aa)	Die Tatbestände der Art. 16 TDCA, 2–4 SMÜ und 5 AoA ..	306
bb)	Rechtsfolgen	307
cc)	Vorläufige Schutzmaßnahmen	308
dd)	Fazit	309
2.	Interne Stützungen und Subventionen	310
a)	Interne Stützungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	311
aa)	Abzubauenende Stützungsmaßnahmen: Amber-Box	311
bb)	Nicht abzubauenende Stützungsmaßnahmen: Blue-Box und Green-Box	313
b)	Exportsubventionen	314
c)	Rechtsdurchsetzung	318

aa)	Anwendung der „Peace Clause“ in Art. 13 AoA	318
bb)	Maßnahmen nach Teil II und III SCM: Abhilfemaßnahmen (sog. „Track II“)	320
cc)	Maßnahmen nach Teil V SCM: Ausgleichsmaßnahmen/ Ausgleichszölle (sog. „Track I“)	322
d)	Subventionen für Fisch und Fischereiprodukte als Sonderbereich im Agrarhandel	323
e)	Fazit	323
3.	Gesundheits- und Hygienestandards	324
a)	Regelungsgegenstand	325
b)	Abgrenzung zu Art. XX lit. b GATT 1994 und dem TBT-Über- einkommen	326
c)	Rechte und Pflichten nach SPS	327
aa)	Die Grundpflichten	327
bb)	Die Risikobewertung	328
cc)	Das Risikomanagement	331
dd)	Äquivalenz	333
ee)	Transparenz	334
d)	Fazit	334
III.	Die Schaffung einer bilateralen Handelsordnung für Weine und Spirituosen	336
1.	Der Schutz von „Port“ und „Sherry“	337
a)	Der Schutz von Port und Sherry nach TRIPs	337
aa)	Der Schutzbereich der Art. 22 und 23 TRIPs	337
bb)	Schutzbereichsausnahmen	338
b)	Der Schutz der Bezeichnungen „Port“ und „Sherry“ nach dem TDCA	340
2.	Der Schutz für geographische Angaben anderer Weine	341
3.	Der ausschließliche Schutz bestimmter Spirituosen	342
4.	Der Schutz „traditioneller Bezeichnungen“	345
IV.	Fazit	348
E.	Die Streitbeilegung	349
I.	Im TDCA ausgewiesene Streitbeilegungsmechanismen	349
1.	Das Schiedsgericht des TDCA	350
2.	Das Streitbeilegungsverfahren der WTO	350
3.	Vergleich zwischen TDCA und WTO-Verfahren	351
a)	Konsultationen	352
b)	Die Einsetzung des Schiedsgerichts	354
aa)	Klageantrag und Mandat	354
bb)	Besetzung des Schiedsgerichts	356
c)	Die Entscheidungsfindung	358
aa)	Anwendbares materielles Recht	358
bb)	Auslegungsregeln	361

cc) Verfahrensordnung	361
dd) Beweismittel	362
ee) Beweislast	364
ff) Vertraulichkeit.....	365
gg) Entscheidungsfristen	366
d) Die Umsetzung der Entscheidung	366
aa) Implementierungsfristen	367
bb) Vertragsverletzung durch Nichtumsetzung	368
cc) Streitigkeiten über die Umsetzung	372
dd) Berufungsmöglichkeiten.....	375
ee) Bindungswirkung der Entscheidung	375
ff) Kosten.....	376
e) Fazit.....	378
II. Andere spezielle völkerrechtliche Streitbeilegungsmechanismen	379
1. Investitionsstreitigkeiten	380
2. Seerechtliche Streitigkeiten	381
3. Umweltrechtliche Streitigkeiten	385
III. Allgemeine völkerrechtliche Streitbeilegungsmechanismen.....	387
1. Der Internationale Gerichtshof	387
2. Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit.....	390
IV. Zuständigkeitskonkurrenz bei identischem Streitgegenstand	391
1. Res Judicata.....	391
2. Lis Alibi Pendens.....	394
3. Abuse of Process	395
4. Fazit.....	397
Schlusswort	398
Literaturverzeichnis	400
Stichwortverzeichnis	418

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	Liberalisierungsverpflichtungen der Gemeinschaft.	110
Tabelle 2:	Liberalisierungsverpflichtungen Südafrikas	113
Tabelle 3:	Liberalisierung des bilateralen Fischereimarktes	116
Tabelle 4:	Inhalt der Notifikation.....	161
Tabelle 5:	Die wichtigsten von der Zollbefreiung ausgeschlossenen land- wirtschaftlichen Erzeugnisse	298
Tabelle 6:	Zollkontingente für Produkte aus Südafrika.	302
Tabelle 7:	Zollkontingente für Produkte aus der Gemeinschaft	303
Abbildung 1:	Zollbefreiungen auf den gesamten Handel in Prozent.....	150
Abbildung 2:	Zollbefreiungen im Bereich der Industriegüter in Prozent	150
Abbildung 3:	Zollbefreiungen im Agrarsektor in Prozent	150

Abkürzungsverzeichnis

AB	Appellate Body (WTO-Berufungsinstanz)
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ACWL	Advisory Center on WTO Law
AdG	Archiv der Gegenwart
ADÜ	WTO Anti-Dumping-Übereinkommen
AFDI	Annuaire français de droit international
AfrJIL	African Journal of International Law
AJICL	African Journal for International and Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
AJPIL	Austrian Journal of Public and International Law
AKP-Staaten	Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks
AMS	Aggregiertes Stützungsmaß
ANC	African National Congress
AoA	WTO Übereinkommen über die Landwirtschaft
APQLI	Augmented Physical Quality of Life Index
APS	Allgemeines Präferenzsystem
ARIPO	African Regional Industrial Property Organisation
Arizona JICL	Arizona Journal of International and Comparative Law
ASIJ	American Society of International Law
AU	Afrikanische Union
AustrYIL	Australian Yearbook of International Law
AVR	Archiv des Völkerrechts
BDGV	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BIDPA	Botswana Institute for Development Policy Analysis
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIPM	Bureau International des Poids et Mesures
BISD	Basic Instruments and Selected Documents
BLNS	Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BSP	Bruttosozialprodukt
CAAA	Comprehensive Anti-Apartheid Act
CARICOM	Caribbean Community and Common Market
CDP	Committee for Development Planning
CEMAC	Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale

CEN	Europäisches Komitee für Normung (Comité Européen de Normalisation)
CENELEC	Europäisches Komitee für Elektrotechnische Normung (Comité Européen de Normalisation Electrotechnique),
CER	Closer Economic Relations (Agreement)
CILJSA	Comparative and International Law Journal of Southern Africa
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora
CML Rev	Common Market Law Review
COREPER	European Union Committee of Permanent Representatives
CPC	Central Product Certification System
CR Int	Computer und Recht International
CRTA	Ausschuss für Regionale Handelsabkommen
CTH	Change of Tariff Heading Rule
CUSFTA	Canadian-United States Free Trade Agreement
DSB	Dispute Settlement Body
DSU	WTO-Streitbeilegungsvereinbarung
E+Z	Entwicklung und Zusammenarbeit
EA	European Co-operation for Accreditation
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAL	European Co-operation for Accreditation of Laboratories
ECDPU	European Centre for Development Policy Management
EDI	Economic Diversification Index
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMS	Äquivalentes Stützungsmaß
EOQ	European Organisation for Quality
EPA	Europäisches Patentamt
EPAs	European Partnership Agreements
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPO	Europäische Patent Organisation
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESARIPO	Agreement on the Creation of the Industrial Property Organisation for English-speaking Africa
ETSI	Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen (European Telecommunications Standards Institute)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum

FA	Fischerei-Abkommen
FTA	Free Trade Agreement
FTAA	Free Trade Agreement of the Americas
GA Res	Resolutionen der Generalversammlung
GAC	General Affairs Council
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GDP	Gross Domestic Product
GEIS	General Export Incentive Scheme
GJIL	Georgia Journal for International Law
GLP	Gute Laborpraxis
GPA	Agreement on Government Procurement
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International
GSP	Generalised System of Preferences (siehe auch APS)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWILR	George Washington International Law Review
GZT	Gemeinsamer Zolltarif
HILJ	Harward International Law Journal
HRLJ	Human Rights Law Journal
HS	Harmonisiertes System
IAF	Internationales Forum für Akkreditierung
IBDD	Instruments de Base et Documents Diverse
ICJ	International Court of Justice
ICSID	International Center for the Settlement of Investment Disputes
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
IDS	Institute for Development Studies
IEC	Internationale Elektrotechnische Kommission
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
ILAC	International Laboratory Accreditation Cooperation
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
ILPA	WTO Übereinkommen über Einfuhrlicenzverfahren
INTA	International Trademark Association
IP-Rechte	Geistige Eigentumsrechte
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
ISO	Internationale Normungsorganisationen

ITO	Internationale Handelsorganisation
ITU	Internationalen Fernmeldeunion
IWF	Internationaler Währungsfond
JCMS	Journal of Common Market Studies
JIEL	Journal of International Economic Law
JTLP	Journal of Technology Law & Policy
JWT	Journal of World Trade
KAN	Kommission Arbeitsschutz und Normung
LDC	Least Developed Countries
LID	Landwirtschaftlicher Informationsdienst
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
MAI	Multilaterales Abkommen für Direktinvestitionen
MEA	Multilateral Environment Agreement
MFN	Most-Favoured-Nation-Klausel
MLA	Multilaterales Übereinkommen
MMA	Madrider Markenabkommen
MMR	Multimedia und Recht
MNR	Mosambikanischer Nationaler Widerstand
MRA	Mutual Recognition Agreement
MTC	Modulares Trainings Konzept
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NML	National Metrology Laboratory
OAU	Organisation Afrikanische Einheit
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OIML	Internationale Organisation für das Gesetzliche Messwesen
OIV	Internationales Weinamt
ORC	Other Regulations of Commerce
ORRC	Other Restrictive Regulations of Commerce
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht
PAC	Pan African Congress
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PCT-Vertrag	Vertrag über Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens
PGE	Permanent Group of Experts
PMMA	Protokoll zum Madrider Markenabkommen
PPA	Performance Protection Act
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft
RA	Rom-Abkommen

RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
RECIEL	Review of European Community and International Environmental Law
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RTA	Regional Trade Agreements
SA	South Africa
SAA	South African Airways
SAATCA	South African Auditor and Training Certification Association
SABS	South African Bureau of Standards
SACU	Southern African Customs Union
SADC	Southern African Development Community
SADCC	Southern African Development Coordination Conference
SADCMET	Southern African Development Community Cooperation in Measurement Traceability
SAEF	South African Excellence Foundation
SALJ	South African Law Journal
SANAS	South African National Accreditation System
SAQI	South African Quality Institute
SASQ	South African Society for Quality
SAT	Substantially all the Trade
SAYIL	South African Yearbook of International Law
SCM	WTO-Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
SGG	Special Safeguard
SMÜ	WTO Übereinkommen über Schutzmaßnahmen
SPS	WTO Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
STABEX	System for the Stabilisation of Export Earnings for Agricultural Products
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StISGH	Statut des Internationalen Seegerichtshofs
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SWAPO	South West African Peoples Organisation
SYSMIN	System for the Stabilisation for Export Earnings for Mining Products
TBT	WTO-Abkommen über technische Handelshemmnisse
TDCA	Trade, Development and Cooperation Agreement
TIPS	South African Trade and Industrial Policy Secretariat
TRIMS	WTO Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen
TRIPs	WTO Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
UDEAC	Union Dounièrè et Economique de l’Afrique Centrale
UEMOEA	Union Economique et Monétaire Ouest Africaine

UNCTAD	United Nations Conference for Trade and Development
UNTS	United Nations Treaty Series
UPOV	Internationales Abkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtigungen
UWG	Gesetz über den unlauteren Wettbewerb
VirJIL	Virginia Journal of International Law
VN	Vereinte Nationen
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
WC	World Competition
WCT	WIPO Urheberrechtsvertrag
WELMEC	European Cooperation for Legal Metrology
WIPO	Internationale Organisation für Geistiges Eigentum
WIRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
WPPT	WIPO Performances and Phonogrames Treaty
WQC	World Quality Council
WTO	Welthandelsorganisation
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WWTG	World Wine Trade Group
YILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZERP	Zentrum für Europäische Rechtspolitik
ZEUS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Das weltweite Zusammenwachsen der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital ist zu einem bestimmenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung geworden. Handelsströme lassen sich nicht mehr an nationalen Grenzen aufhalten, sondern bewegen sich zunehmend in regionalen oder globalen Märkten. Angesichts des Geflechts weltwirtschaftlicher Beziehungen stehen die Staaten vor neuen Herausforderungen. Sie sind mehr denn je darauf angewiesen, global miteinander zu kooperieren, um die Barrieren zu beseitigen, die den grenzüberschreitenden Handel gefährden. Vor diesem Hintergrund konnte im Januar 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) hervorgehen, das seit dem Jahr 1947 die Rechtsgrundlage für den internationalen Handel bildete. Die WTO bietet der Völkergemeinschaft einen beispiellosen institutionellen Kooperationsrahmen. Darüber hinaus sind gegenüber dem GATT 1947 viele neue materiellrechtliche Regelungsbereiche hinzugekommen.

Diese Erfolge im Ausbau des multilateralen Handelssystems konnten den Trend zur Schaffung regionaler Integrationszonen gleichwohl nicht aufhalten. So hat sich die Zahl der von 1948 bis 1994 unter dem GATT angemeldeten 124 Freihandelsabkommen seit Bestehen der WTO mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung dürfte sich in der Tendenz eher noch verstärken, wenn die Bemühungen um Fortschritte bei der Liberalisierung des Welthandels auf multilateraler Ebene im Rahmen der WTO nicht mit der gewünschten Geschwindigkeit vorankommen. So bewegt sich der Welthandel im Spannungsfeld multilateraler und regionaler Integration. Dabei verfolgen beide Ansätze die gleichen Ziele: eine Zunahme des Handels, eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen, eine Förderung nachhaltiger Entwicklung und im Ergebnis eine Mehrung des Wohlstandes der beteiligten Volkswirtschaften.

Mit entsprechenden Erwartungen haben auch die Europäische Gemeinschaft und Südafrika, beide Mitglieder der WTO, ihre Handelsbeziehungen mit dem im November 1999 geschlossenen „Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits“ (TDCA)¹ auf eine

¹ „Agreement on Trade, Development and Cooperation between the European Community and its Member States, on the one part, and the Republic of South Africa, on the other part“, Abl. EG Nr. L 311/3 vom 4.12.1999.

neue Grundlage gestellt. Sie folgten damit dem regionalen Ansatz, der ihnen die am besten geeignete Antwort auf die besonderen Herausforderungen im europäisch-südafrikanischen Handel zu sein schien. Letztere sind gekennzeichnet durch gravierende Unterschiede zwischen den beiden Wirtschaftsräumen. Die Europäische Gemeinschaft ist Südafrikas größter Handels- und Investitionspartner, der für mehr als 40 Prozent seiner Importe, 40 Prozent seiner Exporte sowie über 70 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich ist. Dagegen spielt der südafrikanische Markt für die Europäer eine ungleich weniger bedeutende Rolle. Nur 1,3 Prozent der weltweiten Exporte der Gemeinschaft wandern in die Republik am Kap, deren Exporte ebenfalls nur 1,9 Prozent der Importe der Gemeinschaft ausmachen. Ein Blick auf diese Zahlen verdeutlicht, dass es sich bei weitem um kein Verhältnis unter Gleichen handelt. Doch welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Welche Möglichkeiten angepasster Lösungen bietet das Welthandelssystem und inwieweit ist es möglich, im Rahmen einer Regionalpartnerschaft eigene Wege zu gehen? Um diese Fragen haben die Gemeinschaft und Südafrika in jahrelangen Verhandlungen gerungen. Schließlich konnte ein Abkommen unterzeichnet werden, das den Anspruch erhebt, einerseits den besonderen Bedürfnissen beider Seiten gerecht zu werden, andererseits aber auch mit Vorschriften der Welthandelsordnung in Einklang zu stehen. Das Vertragsverhältnis stellt die seit Jahrhunderten bestehenden bilateralen Handelsbeziehungen formal erstmals auf eine umfassende Grundlage.

Die vorliegende Arbeit betrachtet die europäisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen im Lichte der Vorschriften des GATT und der WTO. Im ersten Kapitel werden die Anfänge des Handels von der „Kolonialzeit“ bis zum Abschluss der genannten bilateralen Freihandelsvereinbarung im Hinblick auf die Vorgaben des GATT 1947 untersucht, wobei besonderes Augenmerk auf die Rechtmäßigkeit der EG-Wirtschaftssanktionen während der Apartheid sowie die im Anschluss übergangsweise gewährten Handelspräferenzen gerichtet wird. Das zweite Kapitel beleuchtet die Vereinbarkeit der Freihandelsvereinbarung mit den Anforderungen des Art. XXIV GATT 1994, der den rechtlichen Rahmen für die Bildung einer Freihandelszone für den Warenhandel bildet. Im dritten Kapitel wird die Rechtmäßigkeit der wesentlichen Regelungen der neuen Handelsordnung im Rahmen einer vergleichenden Darstellungen mit dem geltenden WTO-Recht untersucht. Das vierte Kapitel widmet sich dem Agrarhandel, der als sensibler Sektor eine Sonderstellung in den bilateralen Beziehungen einnimmt. Schließlich werden im fünften Kapitel die sich den Vertragspartnern bietenden Rechtsschutzmöglichkeiten in bilateralen Handelsstreitigkeiten dargestellt. Ein kurzes Schlusswort rundet die Arbeit ab.

A. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und Südafrika und deren Rechtsgrundlagen

I. Von den Anfängen des Handels bis zur wirtschaftlichen Isolation aufgrund der Apartheid

1. Der Handel mit der Siedlerkolonie

Die Handelsbeziehungen zwischen Europa und Südafrika reichen bis in das Jahr 1652 zurück. Damals legte der Holländer Jan van Riebeck mit drei Schiffen und knapp 100 Mann am Kap an. Er stand in Diensten der Ostindien Kompanie, die im 17. und 18. Jahrhundert den Seehandel Europas mit dem asiatischen Subkontinent beherrschte und hatte von ihr den Auftrag erhalten, am Kap eine Versorgungsstation zu errichten, um die dort verkehrenden Handelsschiffe mit frischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Die europäischen Eindringlinge beschlossen schon bald nach ihrer Ankunft, selbstständige Bauern aus der Heimat in der Tafelbucht anzusiedeln, damit sie nicht länger auf den Handel mit den einheimischen Khoikhoi angewiesen waren. Das fruchtbare Kapland bot den vorwiegend holländischen und niederdeutschen Siedlern beste Voraussetzungen für Ackerbau und Viehzucht. Doch als Großbritannien 1806 die Kolonialherrschaft in Südafrika übernahm, kam es zu Konflikten mit den eigenwilligen „Buren“. Diese verließen daraufhin kurzerhand das Kap, um in einem beschwerlichen „Großen Treck“ in den Norden und Osten des Landes vorzudringen, wo es zu zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen mit der einheimischen schwarzen Bevölkerung kam.¹ Als dann gegen Ende des 19. Jahrhunderts bei Kimberly Diamanten und in der Umgebung Johannesburgs, im so genannten „Witwatersrand“, Gold gefunden wurde, kamen erneut viele europäische Siedler ans Kap. Der einsetzende Handel mit den Edelmetallen trug erheb-

¹ Die bedeutendste Schlacht fand am 16. Dezember 1838 statt, als es 460 Buren am heutigen Blood-River (Natal) gelang, eine Übermacht von 12.000 – mit Speeren bewaffneten – Zulus zu schlagen, indem sie eine Wagenburg bildeten und die anrennenden Zulus mit Kanonen und Gewehren bezwangen. Der nach einem Gelöbnis gegenüber Gott errungene Sieg wurde im Verlauf der Geschichte mystifiziert und gilt als Geburtsstunde der „burischen Nation“, *Michler*, Weißbuch Afrika, S. 143.